

Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Demokratie

Helen Müri

»Die Demokratie hat Zukunft, wenn (...) in ihr Entscheidungen getroffen werden, die dem Prinzip der Zukunftsverantwortung genügen« (Stein, 2014, 47). Dabei geht es auch um nachhaltige Entwicklung in einem umfassenden Sinn (vgl. Hauff, 1987, 51, 54; Reitmair-Juárez, 2016), also um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der kommenden Generationen, der Tier- und Pflanzenwelt und der Umwelt. Diesem Anspruch genügen heutige Demokratien in ihrer staatlichen und national begrenzten Form nicht. Notwendig sind daher »nicht nur Anpassungen, sondern eine Transformation des demokratischen Systems« (Westall, 2015).

Stellen wir uns im Gedankenexperiment vor, es wäre abgestimmt worden:

- bei den BewohnerInnen von flachen Ozeaninseln über die Verhinderung eines Meeresspiegel-Anstiegs,
- bei der indigenen Volksgruppe der Penan in Borneo über die Regenwaldzerstörung,
- bei den Eisbären über Massnahmen gegen die Abschmelzung des Eises.

Diese fiktiven Beispiele verdeutlichen die folgenden Forderungen nach Betroffenen-Demokratie und nach Einbezug aller lebenswichtigen Entwicklungen in demokratische Entscheidungsprozesse. Weiter zeigen sie auf, dass Demokratie gut informierte EntscheidungsträgerInnen braucht und in umfassende Grundrechte für Mensch und Natur eingebettet sein muss.

Starke Demokratie ist Betroffenen-Demokratie

Bei Umweltproblemen wie etwa dem Klimawandel oder dem Schwund der Biodiversität liegen die Ursachen und die Auswirkungen oft weit voneinander entfernt. Unter dem, was wir heute an einem Ort entscheiden, können auch Menschen in weit entfernten Weltregionen und vor allem die kommenden Generationen zu leiden haben (vgl. Power et al., 2016). Zu den Betroffenen gehören alle Lebewesen, ja das gesamte belebte und abiotische Ökosystem. Doch bei heutigen Demokratien liegt die Entscheidungsmacht bei einer nationalstaatlich definierten Bevölkerung. Menschen ausserhalb dieser Definition, die kommenden Generationen und andere Lebewesen können sich nicht einbringen. Wo aber Betroffene sich nicht selbst äussern können, sind deren Vertretungen, z. B. NGOs von grösster Bedeutung.

Schliesslich müssen die Betroffenen oder ihre Vertretungen auch die Möglichkeit haben, die Umsetzung von umweltrelevanten Entscheiden einzufordern, z. B. durch entsprechende Gerichte (Birnbacher, 2014).

Starke Demokratie muss die überlebenswichtigen Fragen stellen

Die Bevölkerung – oder ihre demokratisch gewählten Vertretungen – sollte nicht nur über Einzelaspekte entscheiden, sondern ganz grundsätzlich bestimmen können, welche Gesellschaft sie sich wünscht und in welcher Umwelt sie leben will. Sie müsste zwischen verschiedenen Alternativen wählen können, beispielsweise zwischen der Sicherung lebenswichtiger Ressourcen für Mensch und Natur oder den Privilegien Einzelner.

Bei vielen Entscheiden auf politischer und wirtschaftlicher Ebene sind Umweltbelastungen kein Hauptthema, auch wenn weitreichende Umweltprobleme die Folge sein können. Bei Finanz- oder Steuerfragen beispielsweise spielen sie meist nur eine Nebenrolle. Worüber die Bevölkerung in einer direkten Demokratie abstimmt, wird vor allem durch die gesetzorganisatorische Ebene (Verfassung, Gesetz) oder durch die finanziellen Folgen eines Vorhabens bestimmt, allenfalls wie in der Schweiz durch Volksinitiativen oder Referenden. Mit Ausnahme von Initiativen werden Abstimmungen selten allein aufgrund des Umweltzerstörungspotenzials eines Vorhabens angeordnet. Da sind Korrekturen nötig, damit Umweltanliegen in ausreichendem Mass in Diskussion und Entscheidungsprozesse eingebracht werden können.

Aus Umweltsicht wäre zudem die demokratische Bestimmung in wichtigen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen von grösster Bedeutung.

Da stellen sich einige zentrale Fragen:

- Kann in demokratischen, meist nationalen Entscheidungsprozessen gerecht bestimmt werden, wer – Menschen heute und morgen, natürliche Tier- und Pflanzenarten – angemessenen Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben soll? Wenn nur Personen mitspracheberechtigt sind, welche aktuell in einem Land leben, bzw. nur eine Auswahl derselben (Erwachsene mit entsprechender Nationalität), werden die Ansprüche derjenigen kaum abgedeckt, welche nicht mitentscheiden können. Dies gilt umso mehr, als aktuelle und häufig finanzielle Interessen der Entscheidungsbefugten oft entgegengesetzt sind zu den langfristigen Bedürfnissen derjenigen, die von Umweltproblemen betroffen sind.
- Kann in Demokratien grundsätzlich über die Ausrichtung der Wirtschaft entschieden werden, insbesondere ob sich eine Gesellschaft in Richtung einer nachhaltigen und umweltgerechten oder einer neoliberalen, auf Profit ausgerichteten Wirtschaft weiterentwickeln soll? In

unserem heutigen Demokratiemodell ist dies darum nicht möglich, weil ein grosser Teil von Wirtschaftspolitik ausserhalb demokratischer Prozesse abgewickelt wird und so der Mitbestimmung der Menschen entzogen ist. Demokratische Entscheide über die grundsätzliche Ausrichtung der Wirtschaft gelingen nur, wenn die Demokratie inhaltlich substanziell ausgebaut und dies in der Verfassung garantiert wird.

- Kann immer mehr Wirtschaftswachstum nachhaltig sein? Die heute dominanten Aktiengesellschaften sind dem Profit der Aktionäre verpflichtet, was meist eine andere Ausrichtung verlangt als Nachhaltigkeit und Umweltaspekte. Mehr Produktion führt fast immer irgendwo auf der Welt zu mehr und oft irreversibler Umweltzerstörung. Dem Gemeinwohl dient das kaum. Selbst die Lebenserwartung als einem von vielen Indikatoren für den Lebensstandard ist in Zukunft nicht mehr abhängig vom Wirtschaftswachstum (vgl. Power et al., 2016). Die Forderung, dass nachhaltige Entwicklung durch Wirtschaftswachstum auf der ganzen Welt gefördert werden solle, ist längst als Widerspruch entlarvt (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018).
- Kann zunehmender Welthandel, der ja in engem Zusammenhang zum Wirtschaftswachstum steht, umweltverträglich und nachhaltig sein? Die Mitentscheidungsmöglichkeit der Bevölkerung bei Handelsverträgen (Freihandelsabkommen) fehlt weitgehend. Umweltaspekte werden bei den parlamentarischen Debatten um Wirtschaftsthemen oft nicht angemessen eingebracht. Dabei wären nicht nur der Ausstoss an klimaschädigenden Gasen bei den weltweiten Gütertransporten, sondern auch die vielen Umweltprobleme im Zusammenhang mit der gesamten Wertschöpfungskette zu beachten. Obwohl entsprechende Umweltauswirkungen weitgehend wissenschaftlich belegt sind, gehen massgebliche PolitikerInnen meist überhaupt nicht auf diese Folgen des Welthandels ein.
- Wie kann die Technologieentwicklung demokratisch und in Richtung Nachhaltigkeit gesteuert werden? Es ist unbestritten, dass es sowohl neue Technologien gibt, welche dem Gemeinwohl dienen, als auch solche, die zu grossen Umweltproblemen führen. Die Frage, welche Entwicklungen zu fördern oder zu vermeiden sind, wird meist von den Konzernen, Unternehmen und Hochschulen entschieden, aber nicht von der betroffenen Öffentlichkeit. Kriterien für die staatliche Förderung sind dabei eher die Finanzaussichten einer Entwicklung als deren Umweltverträglichkeit oder Auswirkungen auf kommende Generationen.
- Wie weit können die Menschen durch ihre Lebensart, ihren Konsum und ihr Verhalten mitentscheiden, welche Wirtschaft und welche Technologien gefördert werden? Die Erfahrung zeigt, dass in einigen Be-

reichen – z. B. Nahrungsmittelproduktion – durchaus ein gewisser Einfluss der KonsumentInnen auf die Produktionsweise besteht. Wesentlich stärker wäre dieser, wenn nicht im Rahmen des Wettbewerbs durch eine umfangreiche Werbe-Industrie gezielt künstliche Bedürfnisse herbeigeführt würden.

Starke Demokratie erfordert gut informierte Teilnehmende

»Nachhaltigkeit – verstanden als handlungsleitendes Prinzip – funktioniert also nur, wenn Bürger und Bürgerinnen in Entscheidungsprozesse eingebunden und überhaupt dazu fähig und bereit sind, sich am Prozess der nachhaltigen Entwicklung zu beteiligen.« (Demokratiezentrum Wien, 2018). Demokratie erfordert daher allgemeinen und ungehinderten Zugang zu Wissen, Bildung, insbesondere auch zu Informationen von kritischer Seite, d. h. nebst den ›Mainstream-Medien‹ auch Zugang zu Informationen von zivilgesellschaftlichen Bündnissen, thematischen Bewegungen wie Umwelt oder Menschenrechtsorganisationen, NGOs und kritischen Medien.

Ein grosser Bedarf an sachgerechten Informationen besteht bezüglich Umweltproblemen, die oft an weit entfernten Orten oder erst bei späteren Generationen sichtbar werden. Besonders wichtig ist es, dass auch ›NormalbürgerInnen‹ faktenbasierte Infos von Fake-News unterscheiden sowie Lügen und Manipulationen als solche erkennen können. Demokratie kann nur funktionieren, wenn sorgfältige wissenschaftliche Grundlagen frühzeitig von unabhängigen Fachleuten erarbeitet, von namhaften WissenschaftlerInnen akzeptiert und allgemeinverständlich dargestellt werden.

Untrennbar vom Anspruch auf Information ist derjenige auf Bildung, wie sie beispielsweise im deutschen Konzept ›Bildung für nachhaltige Entwicklung‹ dargestellt wird. Darin wird verlangt, dass es jedem und jeder Einzelnen ermöglicht werden soll, die »Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen«. Dazu gehört auch, dass Zusammenhänge erkannt und der Einfluss des eigenen Verhaltens und Konsums auf Menschen und Umwelt, heute und morgen, beurteilt und kritisch hinterfragt werden kann.

Demokratie als staatlicher Entscheidungsprozess ist notwendig, aber nicht ausreichend

Kein Zweifel: Die heutigen Demokratien haben Mängel, gerade wenn es um ökologische Nachhaltigkeit geht (vgl. Leggewie & Welzer, 2017/2018). Demokratie in staatlichen und rechtlich festgelegten Entscheidungsprozessen ist zwar unverzichtbar, aber ohne weit reichende Beteiligung der Zivilgesellschaft und ausserparlamentarische Arbeit ist Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinne nicht zu erwarten. Dies hat einige im System selbst lie-

gende Gründe: Einerseits spiegeln Abstimmungen selbst in Staaten mit direkter Demokratie immer die Bedürfnisse und Ansichten der Mehrheiten. Andererseits fehlen Mitsprachemöglichkeiten für Menschen aus nicht-demokratischen Ländern. Und schliesslich besteht ein grosser Mangel an demokratischen Prozessen auf globaler Ebene, also eine ›Welt-Demokratie‹.

Wie aber können Entscheide zur Nachhaltigkeit erwartet werden, wenn Minderheiten (z. B. vom Meeresspiegel bedrohte Kleinstaaten) oder Menschen ohne Mitspracherechte von Umweltzerstörung existenziell betroffen und Mehrheiten in privilegierten industrialisierten Staaten die Verursacher sind? Aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Mächtigen und Privilegierten bzw. die Entscheidungsbefugten verantwortungsbewusst genug sind.

Wie Umwelt, Natur, Tiere und Pflanzen in demokratische Entscheide einbezogen werden können, stellt eine der grossen Herausforderungen einer starken Demokratie dar. Wenn die Lebensrechte aller heutigen und zukünftig lebenden Menschen in relevanten Entscheiden gleichwertig beachtet würden, wie die Anliegen der heutigen Bevölkerungsmehrheiten, so würde dies wohl zwingend zu einer nachhaltigen Nutzung der Umwelt führen, denn die Lebensgrundlagen zukünftiger Menschen sind nur in einer intakten Umwelt gesichert.

Konkrete Vorschläge für mehr Nachhaltigkeit in einer starken Demokratie liegen zum Teil vor, und einige werden bereits erprobt (vgl. Konrath, 2016):

- Umfassende Grundrechte für Menschen überall auf der Welt, heute und in kommenden Generationen sowie für Natur und Umwelt sind unverzichtbar.
- Die Gültigkeit und Durchsetzung dieser Grundrechte darf nicht allein auf demokratische und rechtsstaatlich handelnde Länder beschränkt sein.
- Global agierende wirtschaftliche Akteure müssen überall zur Einhaltung der Grundrechte verpflichtet sein.
- Ein erweitertes Vertretungsrecht kann eine Basis für den Einbezug aller Betroffenen sein. Ähnlich wie die Vertretung der Bevölkerung durch Parlamente müssten Vertretungen von zukünftigen Generationen, von betroffenen Menschen in anderen Weltgegenden sowie von Natur und Umwelt institutionalisiert werden (vgl. Diendorfer & Welan, 2016, Gesang, 2014), z. B. durch Ombuds-Stellen (vgl. Göpel, 2014), SonderkommissarInnen für die Anliegen zukünftiger Menschen, eine zusätzliche Parlamentskammer oder die Freihaltung von Sitzen für Vertretungen kommender Generationen (vgl. Schellnhuber 2014, Fülöp 2014) und der Umwelt.

- Unabhängige Bündnisse und Institutionen wie NGOs oder der World Future Council WFC sollten mehr Beachtung und Kompetenzen erhalten (vgl. Westall, 2015).
- Ein Weltgerichtshof für die Zukunft müsste auch für die weltweite nachhaltige Entwicklung zuständig sein, diese durchsetzen und Vergehen gegen zukünftige Generationen oder natürliche Arten und die Umwelt ahnden können (vgl. Birnbacher, 2014).
- Es ist nach Möglichkeiten einer demokratisch legitimierten Weltgesetzgebung für eine nachhaltige Entwicklung zu suchen, mit Einbezug von Steuer-, Subventions- und Forschungspolitik, ohne dass die Problemlösung allein auf eine Art internationalen Planungsstaat überwältzt wird (vgl. Leggewie & Welzer, 2008/2009).
- In nationalen Verfassungen bzw. Grundgesetzen ist klar festzusetzen, dass die Lebensgrundlagen kommender Generationen nicht irreversibel beeinträchtigt oder gefährdet werden dürfen. Diese Forderung kann zunächst auch im Alleingang einzelner Staaten (z. B. Schweiz) umgesetzt werden, denn dies hätte Vorbildcharakter für andere Staaten.
- Schliesslich müssen sozialverträgliche Wege der Transformation gefunden werden, welche ohne die – unrealistische – Voraussetzung wirksam werden, dass alle Staaten dieser Welt demokratisch und korruptionsfrei funktionieren und sich an den Lösungsansätzen beteiligen.

Noch sind das grösstenteils Utopien, aber sie weisen den Weg zu einer starken Demokratie, welche notwendig ist für die Erhaltung einer intakten Umwelt und weit über das hinausgehen muss, was in den heutigen, sogenannten demokratischen Staaten mit ihrer Dominanz einer neoliberalen Wirtschaft realisiert ist.

Literatur

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (2018). <https://www.bne-portal.de> und www.education21.ch/de/bne/bne-und-lehrplan-21
- Birnbacher D. (2014): Ein Weltgerichtshof für die Zukunft. In: Gesang B. (Hg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden. Demokratiezentrum Wien, 2018. http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratie-und-nachhaltigkeit/ein-vielseitiger-begriff.html?tx_jppageteaser_pi1%5BbackId%5D=2569.
- Diendorfer, G. & Welan, M.(Hg) (2016): Demokratie und Nachhaltigkeit. Verbindungslinien, Potenziale und Reformansätze. Innsbruck.
- Fülöp S. (2014): Die Rechte, Pflichten und Tätigkeiten des ungarischen Parlamentsbeauftragten für zukünftige Generationen. In: Gesang B. (Hg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden.
- Gesang B. (Hg.) (2014): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden.
- Göpel M. (2014): Ombudspersonen für zukünftige Generationen: Diktatoren oder Bürgervertreter? In: Gesang B. (Hg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden.
- Hauff, Volker (Hg) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Eggenkamp Verlag, Greven 1. Auflage 1987, 2. Auflage 1999.
- Konrath, C. (2016): Demokratiereformprojekte und nachhaltige Weiterentwicklung von Demokratie. In: Diendorfer, G. & Welan, M. (Hg): Demokratie und Nachhaltigkeit. Verbindungslinien, Potenziale und Reformansätze. Innsbruck.
- Leggewie, C. & Welzer, H. (2008/2009): Können Demokratien den Klimawandel bewältigen? In: Transit – Europäische Revue Vol. 36, S. 25–43.
- Power, M., Wiklinsond, R. und Pickett, K. (2016): Inequality, economic democracy and sustainability. In: World Science Report 2016, UNESCO and the ISSAC, Paris: Part 2.
- Reitmair-Juárez, S. (2016): Nachhaltigkeit – ein vielseitiger Begriff. In: Diendorfer G.& Welan M. (Hg): Demokratie und Nachhaltigkeit. Verbindungslinien, Potenziale und Reformansätze. Innsbruck.
- Schellnhuber H. (2014): Eine Idee wäre, dass man im Parlament eine bestimmte Anzahl von Sitzen vorhält für Menschen als Anwälte künftiger Generationen. In: Gesang B. (Hg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden.
- Stein, T. (2014): Zum Problem der Zukunftsfähigkeit der Demokratie. In: Gesang B. (Hg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden.
- Westall, A. (2015) The Relationship between Democracy and Sustainable Development. Foundation for Democracy and Sustainable Development. <http://www.fdsd.org/publications/the-relationship-between-democracy-and-sustainable-development>.
- World future council (2018), <https://www.worldfuturecouncil.org/de>.